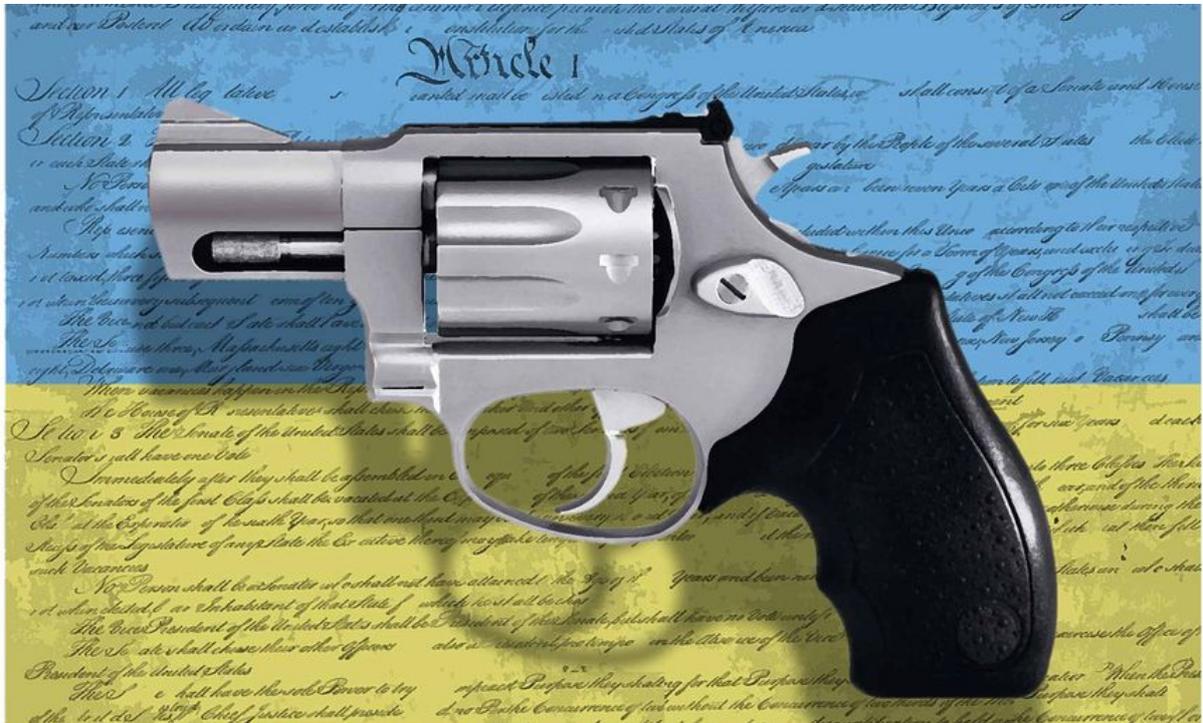


Der Krieg in der Ukraine erinnert US-Politiker wieder an das Second Amendment

Die ukrainische Polizei sollte ihre Waffenregistrierungen jetzt vernichten



Von Steve Halbrook | [The Washington Times](#), 29. März 2022

Wird das Militär des russischen Präsidenten Wladimir Putin die Ukraine überrennen, wie Adolf Hitlers Armee 1940 Frankreich überrannte, oder wird Kiew zu Putins Stalingrad? Die bewaffnete ukrainische Bevölkerung könnte eine immer entscheidendere Rolle spielen, vom Häuserkampf in den Städten bis hin zu Guerillaangriffen auf dem Lande. In den Vereinigten Staaten sehen die Befürworter des Second Amendment den ukrainischen Widerstand als Beispiel für die Vorzüge einer bewaffneten Bürgerschaft, während ihre Gegner über die damit verbundenen Folgen entsetzt sind.

Am 23. Februar, als die russischen Truppen zum Angriff bereit waren, verabschiedete das ukrainische Parlament (Werchowna Rada) ein Gesetz, das den Bürgern das Recht einräumte, Schusswaffen zur Selbstverteidigung außerhalb ihrer Wohnungen zu tragen. Die Ukrainer konnten AR-15- und halbautomatische AK 47-Gewehre kaufen.

Als Russland am folgenden Tag seinen Angriff auf die Ukraine startete, ordnete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj – der sich zuvor gegen eine Liberalisierung der Waffengesetze gewehrt hatte – an, dass jeder Bürger, der das Land verteidigen will, eine

Waffe erhalten soll. Berichten zufolge wurden allein in Kiew mehr als 25.000 automatische Gewehre verteilt.

Die Ukrainer wollen offensichtlich nicht Teil von Mütterchen Russland sein. Im „Holodomor“, der von der Sowjetunion verursachten Hungersnot von 1932-33, tötete Stalin 7 bis 12 Millionen Ukrainer. Viele dachten, die Deutschen würden Befreier sein, als sie 1941 angriffen, und mussten feststellen, dass die Nationalsozialisten alle Slawen als „Untermenschen“ betrachteten. Einige kämpften sowohl gegen die Nazis als auch gegen die Kommunisten. Die „Ukrainische Aufständische Armee“ kämpfte bis 1950 gegen die Kommunisten.

Als sich die Sowjetunion 1991 auflöste, übernahm die Ukraine die sowjetischen Beschränkungen für den Besitz von Waffen, einschließlich strenger Erlaubnis- und Registrierungsvorschriften. Im Jahr 1997 meldete die Ukraine, dass 722.739 Zivilisten Schusswaffen angemeldet hatten. Nach Angaben von GunPolicy.org wurde dabei „ein nationaler Bestand von 1,5 bis 5,5 Millionen undokumentierter, illegaler Handfeuerwaffen nicht mitgezählt“. Illegal? Wenn der Staat das Recht auf Waffenbesitz verweigert, werden die Bürger tun, was nötig ist, um sich zu verteidigen. Sollte Putin den gegenwärtigen Angriff gewinnen, werden diejenigen, die registrierte Waffen besitzen, zur Strecke gebracht werden. Die Jagd auf „undokumentierte“ Waffenbesitzer wird nicht so einfach sein.

Noch 2018 gab es in der Ukraine 892.854 registrierte Schusswaffen, verglichen mit schätzungsweise 3,5 Millionen „illegalen“ Schusswaffen. Dies ist das gleiche Muster wie in Staaten wie Kalifornien und New York, wo Gesetze, die die Registrierung von sogenannten „Sturmwaffen“ vorschreiben, weitgehend ignoriert werden.

Die Ukraine ist das einzige europäische Land, in dem es kein richtiges Waffengesetz gibt, obwohl das Innenministerium 1998 – sieben Jahre nach der Unabhängigkeit – den Erlass Nr. 622 herausgab, der es den Regierungsbeamten überließ, zu entscheiden, wer Schusswaffen erhalten oder tragen durfte. Im Rahmen dieser korrupten Praxis vergaben Beamte Hunderttausende von Schusswaffen an ihre Freunde in der Elite.

Trotz dieser Fehlentwicklungen hat sich die Ukraine auf westliche Werte zubewegt und sich von der russischen Vorherrschaft entfernt. Im Jahr 2013 veröffentlichte die älteste juristische Fachzeitschrift der Ukraine, die „Law of Ukraine“, eine Ausgabe über die Bill of Rights der USA. Nachdem der Herausgeber mein Buch „The Founders' Second Amendment“ gelesen hatte, lud er mich ein, einen Artikel zu diesem Thema zu schreiben. Joyce Lee Malcolm, Juraprofessorin an der George Mason University und Autorin des Buches „To Keep and Bear Arms“, wurde ebenfalls vorgestellt.

Zu dieser Zeit wuchs die Unterstützung für eine Liberalisierung der Waffengesetze. Der „Verband Ukrainischer Waffenbesitzer“ und einige politische Parteien forderten Maßnahmen. In meinem Artikel wurde das Recht auf Waffen als Kennzeichen eines freien Volkes hervorgehoben. Mit dem Hinweis auf „den Vorteil, bewaffnet zu sein, den die Amerikaner

gegenüber fast allen anderen Nationen besitzen“, schrieb James Madison, dass die europäischen Monarchien „Angst haben, einem Volk mit Waffen zu vertrauen“.

In dieser Zeit förderte Putin Unruhen auf der Krim. Am 22. Februar 2014 stürzte die Rada Präsident Viktor Janukowitsch, einen langjährigen sowjetischen Apparatschik, der nach Russland flüchtete. Die Rada wählte dann Oleksandr Turtschynow zu ihrem Vorsitzenden, der sofort eine Verfassungsänderung vorschlug, die die folgenden drei Klauseln enthielt:

Erstens war eine militärische Ausbildung für alle wehrfähigen Bürger vorgeschrieben.

Zweitens hatte jeder das Recht, seine verfassungsmäßigen Rechte gegen die widerrechtliche Aneignung von Macht oder die Ukraine gegen Verletzungen ihrer Souveränität zu verteidigen.

Und drittens: „Jeder Bürger der Ukraine hat das Recht, Schusswaffen zu besitzen, zum Schutz seines Lebens und seiner körperlichen Unversehrtheit, seines Hauses und seines Eigentums, zum Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit anderer, der verfassungsmäßigen Rechte und Grundrechte im Falle der widerrechtlichen Aneignung von Macht und zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung, der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine.“

Diese deutliche Formulierung drückte die Ideale unserer Gründerväter aus, die im Second Amendment einen knapperen Ausdruck fanden. Die Ukrainer scheinen den Entwurf von James Madison noch übertroffen zu haben.

Putin erkannte die Legitimität der neuen Regierung nicht an, und vier Tage später, am 26. Februar 2014, marschierten russische Truppen auf der Krim ein. Turtschynow, der auch stellvertretender Ministerpräsident und Befehlshaber der ukrainischen Streitkräfte war, wehrte sich gegen russische Stellvertreter, die an terroristischen Aktivitäten beteiligt waren. Dennoch waren die ukrainischen Einheiten den Russen und ihren Gefolgsleuten nicht gewachsen.

Putin hat das nicht vergessen. Erst vor wenigen Tagen, mitten in der aktuellen Invasion, forderte die Prawda, Turtschynow wegen seiner angeblichen „Kriegsverbrechen“ vor Gericht zu stellen.

Die militärische Annexion der Krim durch Russland brachte die Reformbemühungen zum Stillstand, und die vorgeschlagene Verfassungsänderung wurde nicht in Angriff genommen. Erst als die aktuelle Invasion unmittelbar bevorzustehen schien, erließ die Rada ein liberalisiertes Waffengesetz, und die Regierung gab unzählige Schusswaffen an die Bürger aus.

Als Nazi-Deutschland 1940 Frankreich überrannte, gaben die deutschen Militärs durch Plakate bekannt, dass alle, die ihre Waffen nicht innerhalb von 24 Stunden ablieferten,

exekutiert würden. Die französische Polizei verfügte über die Unterlagen der Registrierungen, was es den Deutschen leicht machte, die „legalen“ Besitzer von Waffen zu finden. Aber viele Franzosen hatten ihre Waffen nicht registriert und versteckten sie trotz der täglichen Berichte über Hinrichtungen. Die Waffen sollten später von der Résistance verwendet werden.

Ich weiß nicht, ob Putins Truppen ähnliche Bekanntmachungen veröffentlicht haben, aber jetzt wäre ein guter Zeitpunkt für die ukrainische Polizei, ihre Unterlagen über registrierte Waffen zu vernichten. Diejenigen, die ihre Waffen nie registrieren ließen, haben eine Sorge weniger.

Auch wenn die Verfassungsänderung von 2014 nicht angenommen wurde, besitzen viele Ukrainer heute Waffen zu genau dem Zweck, zu dem auch unser Second Amendment erlassen wurde: damit die Bürger ihre Freiheit, die Souveränität und territoriale Integrität ihres Landes sowie ihr Leben und das ihrer Familien und Landsleute schützen können.

Wenn Sie also das nächste Mal hören, dass US-Politiker Einschränkungen der Second Amendment-Rechte beabsichtigen, wissen Sie, was Sie ihnen sagen müssen: Denkt an die Ukraine!

Stephen P. Halbrook ist Senior Fellow am Independent Institute in Oakland, Kalifornien, und Autor von *The Right to Bear Arms* und *Gun Control in Nazi-Occupied France*.

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**Ukraine war reintroduces U.S. politicians to the Second Amendment**“ kann man hier abrufen:

<https://www.washingtontimes.com/news/2022/mar/29/ukraine-war-reintroduces-us-politicians-to-the-sec/>